

Unterhauswahlen am 18. Februar 1980



Erstmals seit 1887 finden Neuwahlen zum kanadischen Unterhaus im Monat Februar statt. Das 31. Parlament wurde am Morgen des 14. Dezember nach einer wenige Stunden zurückliegenden Niederlage der Regierung Premierminister Joe Clarks bei einem Mißtrauensantrag der Opposition aufgelöst. Ein neues Gesetz, das den Wahlkampf auf 47 Tage beschränkt und Neuwahlen also etwa Ende Januar ermöglicht hätte, war noch nicht in Kraft getreten. Auch diesmal dürften lediglich die zuletzt und seit Jahren im Unterhaus vertretenen vier politischen Parteien das Rennen unter sich ausmachen.

Dies sind die:

Fortschrittlich-Konservative Partei Kanadas
 Liberale Partei Kanadas
 New Democratic Party (sozialdemokratisch)
 Ralliement des Cr ditistes

mit zuletzt 136 Sitzen
 mit zuletzt 114 Sitzen
 mit zuletzt 27 Sitzen
 mit zuletzt 5 Sitzen



Edward Broadbent
 Neue Demokratische
 Partei



Rt. Hon. Pierre Elliott
 Trudeau, Liberale Partei



Rt. Hon. Joseph Clark
 Fortschrittlich-Konserva-
 tive Partei

Über den Tag hinaus

„Reden, ja! Aber auch Taten!“



Die Bilder dieser Wochen: Geiselnahme, militärische Intervention, Kultstätten als Rebellenfestungen, die Willkür unkontrollierter Massen einerseits, schwache Gegenkräfte andererseits. Hunger und Völkermord. Flagranter Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte. Die siebziger Jahre: gekennzeichnet von immer neuen wirtschaftlichen Eruptionen, Gefahren für das sorgfältig errichtete Gefüge einer liberalen Wirtschaftsordnung.

Und doch – es gibt an der Grenzlinie zwischen ehemaligen Feinden im Na-

hen Osten, im Bereich des südlichen Afrika, auch Hoffnungsschimmer. Und konkrete Schritte der Solidarität angesichts der Aggression, selbst wenn dies den Entspannungsprozeß beeinträchtigt. Selbstverständlich auch der Ausdruck von Empörung angesichts der jüngsten Ereignisse in Afghanistan. Wer jetzt Bilanz zieht, überschaut eine komplexe Welt, deren normative Kräfte neue Fixpunkte erkennen lassen.

„Wir sind entschlossen“, hat Kanadas Außenministerin, Flora MacDonald, auf der jüngsten UN-Vollversammlung erklärt, „ein Teil der Lösungen zu

sein, nicht ein Teil des Problems.“ Und sie hat konkrete Schritte bei der Suche nach solchen Lösungsansätzen gefordert:

„Reden, ja; aber auch Taten!“

Diese kanadische Absage an rhetorische Pflichtübungen deklamatorischer Erklärungen in immer mehr und größeren internationalen Foren, die Suche nach greifbaren Ergebnissen, z.B. bei der Hilfe für die Flüchtlinge aus Kampuchea, ist aber nicht nur Element außenpolitischen Anspruchs, sondern berührt, wie die Entwicklung der allerletzten Wochen zeigt, im besonderen auch das Land selbst.

Das Jahr 1980 stellt Kanadier jenseits etwaiger parteipolitischer Zugehörigkeit vor wenigsten zwei eminent wichtige politische Entscheidungen.

Bei den Neuwahlen zum Unterhaus Mitte Februar geht es um eine klare Wähleraussage, die die Politiker aller Schattierungen – ob mit Mehrheitsmandat ausgestattet oder nicht – in die Pflicht nähme, sie zur sachlichen Zusammenarbeit im Interesse des Ganzen zwingen wird.

Darüber hinaus geht es um eine Weiterführung der wichtigen Diskussion über die Beziehungen der Provinzen untereinander und gegenüber dem Sitz der Bundeshoheit, Ottawa. Angesichts der anstehenden großen Aufgaben, besonders auf dem Wirtschaftssektor, ist auch hier ein konstruktives Miteinander geboten.

Im frühen November, fast auf den Tag drei Jahre nach dem Wahlsieg der Parti Québécois und ihres Parteichefs, René Lévesque, veröffentlichte die Regierung der Provinz Québec ein Weißbuch, in dem sie eine neue Assoziierung zwischen Québec und den anderen Teilen Kanadas vorschlug. Das Weißbuch schlug vor, die bestehende föderale Struktur sollte aufgelöst und durch „eine neue Partnerschaft unter Gleichen“ ersetzt werden. Die Parti Québécois -Regierung schlug vor, daß die Souveränität lediglich „dem Staat Québec“ zukommen wird, so daß die Bewohner der Provinz nur von einer Regierung regiert werden und Steuern nur an Québec Cité zahlen werden; allerdings würde die Formel Assoziierung Québec und dem restlichen Kanada ein gemeinsames Zoll- und Währungswesen einräumen. Jeder würde seine eigene internationale Persönlichkeit besitzen. Gleichzeitig schlägt die Regierung von Québec vor, daß eine Reihe neuer Institutionen, in denen Québec und das restliche Kanada als Gleiche sprechen würden, die Beziehungen der Assoziierung lenken würde.

Fortsetzung S. 12